

**DEPARTEMENT
BILDUNG, KULTUR UND SPORT**

Vorsteher

Alex Hürzeler, Regierungsrat
Bachstrasse 15, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 20 00
Fax 062 835 20 06
alex.huerzeler@ag.ch
www.ag.ch/bks

Staatssekretariat für Bildung, For-
schung und Innovation (SBFI)
Ressort Grundsatzfragen und Politik
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

15. September 2015

Verordnung über die Weiterbildung: Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Weiterbildung.

Wie bereits bei der Stellungnahme zum Weiterbildungsgesetz (WeBiG) erwähnt, ist es dem Kanton Aargau ein grosses Anliegen, die Weiterbildung in der Schweiz zu fördern und damit zur weiteren Entwicklung unseres ausgezeichneten Bildungswesens beizutragen. Nachdem die Bundesversammlung am 20. Juni 2014 das WeBiG verabschiedet hat, wurde dazu ein Verordnungsentwurf WeBiV erarbeitet. Die Vernehmlassung ist eröffnet und dauert bis zum 2. Oktober 2015.

Wir begrüssen, dass der Bund mit dieser Verordnung die rechtliche Grundlage schafft, damit gesamtschweizerisch tätige Organisationen der Weiterbildung sowie die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener in den Kantonen vom Bund finanziell unterstützt werden können. Die Zustimmung erfolgt unter der Bedingung, dass unsere weiter unten aufgeführten Anliegen berücksichtigt werden.

National tätige Organisationen der Weiterbildung sollen für spezifische Informations-, Koordinations- und Entwicklungsleistungen Finanzhilfen vom Bund erhalten (WeBiV, Art. 2). Wir erachten es als sinnvoll, dass damit die Bundesbeiträge an die Organisationen der Weiterbildung an klar definierte Aufgaben geknüpft werden, die dem Weiterbildungssystem insgesamt oder definierten Teilbereichen dienlich sind.

Die Finanzhilfen des Bundes an die Kantone für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener sollen wie bei der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern im Rahmen von Programmvereinbarungen erfolgen.

Es erscheint uns zielführend, wenn das Instrument der Programmvereinbarung auch für die Förderung der Grundkompetenzen Erwachsener (Lesen, Schreiben, mündliche Ausdrucksfähigkeit in lokaler Amtssprache, Grundkenntnisse Mathematik, Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, WeBiG, Art. 13) eingesetzt wird. So kann auch die Koordination im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) gewährleistet werden.

In der WeBiV werden nun diejenigen Bereiche geregelt, für welche im Gesetz eine Finanzierung vorgesehen ist und für welche die Finanzierungskriterien definiert werden müssen.

Der erste Abschnitt (Finanzhilfen an Organisationen der Weiterbildung) stützt sich auf Art. 12 Abs. 3 WeBiG, darin wird festgehalten, dass die interne Organisation der Weiterbildung in der Kompetenz der Kantone liegt und der jeweilige Kanton entscheidet, in wie weit er die Gemeinden einbeziehen will.

Der zweite Abschnitt (Finanzhilfen für den Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener) basiert auf Art. 16 Abs. 2 WeBiG.

Für die Umsetzung haben wir folgende Anliegen:

- a) In Art. 16 Abs. 2 des WeBiG ist festgehalten, dass der Bundesrat Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen an die Kantone festlegt. Für die Festlegung der strategischen Ziele (WeBiV Art. 8) sind keine Kriterien aufgeführt. Entsprechende Ergänzungen sind in die Verordnung aufzunehmen.
- b) Die strategischen Ziele (WeBiV, Art. 8) sind in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu erarbeiten. So können gesamtschweizerische Ziele und kantonale Zielsetzungen aufeinander abgestimmt werden.
- c) Zuständigkeiten und Zusammenarbeit auf Bundesebene von Weiterbildungsförderung, Berufsbildung, Integrationsförderung gemäss Ausländergesetz, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung sollen klar geregelt werden (WeBiV, Art. 8).
- d) Die Prozesse zur Programmvereinbarung zwischen Bund und Kantonen und die Berichterstattung sind schlank zu gestalten, damit die kantonalen Ressourcen nicht mit einem unverhältnismässigen administrativen Aufwand strapaziert werden (WeBiV, Art. 10 und 14). Zudem sollen die Möglichkeiten von Leistungsvereinbarungen und Verfügungen voll ausgeschöpft werden (WeBiV, Art. 11 Abs. 2)
- e) Im Rahmen der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2017–2020 sind angemessene Finanzmittel zu beantragen, damit deutlich mehr Erwachsene mit Lücken in den Grundkompetenzen adäquate Bildungsmöglichkeiten erhalten und die Kantone bei der Informations- und Sensibilisierungsarbeit und Entwicklung neuer Angebote unterstützt werden (WeBiV, Art. 11-13).

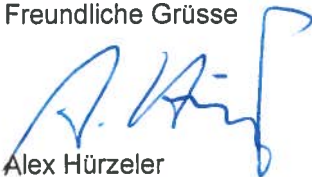
Auf die Kommentierung aller Artikel wird verzichtet, da diesen, mit Ausnahme der erwähnten Artikel in der Stellungnahme, zugestimmt werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Gesetz über die Weiterbildung (WeBiG) und der Entwurf zur Verordnung über die Weiterbildung (WeBiV) einer liberalen und freiheitlichen Grundhaltung entspricht und gleichzeitig eine Lücke in der Bildungssystematik schliesst.

Der Kanton Aargau möchte abschliessend darauf hinweisen, dass in der globalen Wettbewerbssituation für die Schweiz dem Humankapital als wichtigster Ressource, Sorge getragen werden muss. Mit dem vorliegenden Weiterbildungsgesetz und dem Verordnungsentwurf wird ein Schritt in diese Richtung unternommen. Es ist jedoch notwendig, dass auch künftig Weiterentwicklungen vorangetrieben werden und diese insbesondere auch in den Spezialgesetzen ihren Niederschlag finden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Wertschätzung.

Freundliche Grüsse



Alex Hürzeler
Regierungsrat